

Corona & Krise

Beiträge zu Corona, Klassenkampf und Kommunismus

Inhaltsverzeichnis

AUTONOMIE MAGAZIN

Web: www.autonomie-magazin.org
Mail: info@autonomie-magazin.org
Twitter: [@Autonomie_Mag](https://twitter.com/Autonomie_Mag)
Facebook: [@autonomie.magazin](https://www.facebook.com/autonomie.magazin)
Telegram: t.me/autonomie_magazin

Über uns

Unser Kollektiv besteht aus organisierten, autonomen linken ArbeiterInnen. Wir wollen revolutionäre Geschichte vermitteln, über aktuelle Kämpfe berichten und eigene Analysen und Aufrufe verbreiten. Dies alles mit dem Schwerpunkt Autonomie und Selbstermächtigung. Als Magazin-Kollektiv, wollen wir unseren Teil dazu beitragen, alle Bewegungen zu stärken, die mit uns den Weg gehen wollen hin zu einer freien kommunistischen Gesellschaft.

Autonomie Magazin 2017

Einleitung	4
Corona-Papers	
I. Was nun?	8
II. Ihr werdet merken, dass man Geld nicht essen kann	16
III. Die Freiheit, die ich meine	24
IV. Sicherheit und Wohlstand	30
V. Produktionskrise und Klassenkampf	32
#NichtaufunseremRücken Positionspapier zur Krise	42
Die Weltkommune als revolutionärer Gesellschaftsentwurf	50

Einleitung

Die fünfteiligen Corona-Papers wurde am Anfang der Corona-Pandemie innerhalb der *Assoziation Autonomer Gruppen* diskutiert. Dort konnte aber kein Konsens darüber gefunden werden, weswegen wir das Papier nun bei uns veröffentlichen, obwohl ein paar wesentliche Aspekte fehlen. Das größte Manko dürfte die Verkürzung des Papiers auf eine mögliche Produktionskrise sein, die Auswirkungen auf das Finanzsystem finden nur am Rande Erwähnung. Ebenso wird das Spannungsfeld zwischen Reform und Revolution zu wenig ausgearbeitet. Dennoch lohnt sich die Auseinandersetzung mit dem Papier, vor allem, weil es sich umfassend mit der Frage von Sicherheit, Ordnung und Freiheit, Wohlstand, der faschistischen Gefahr, als auch mit den falschen Vorstellung mancher (Verteilungs-)linker und den Gefahren durch eine Produktionskrise beschäftigt, und dazu einen klaren Standpunkt einnimmt. Wer Positionen zu Detailfragen sucht wird hier nicht fündig werden, vielmehr bietet das Papier klare, allgemeingültige Standpunkte, aus denen sich Erkenntnisse für die Praxis ableiten lassen. Da die Papiere bereits älter sind haben wir diese, wo nötig, aktualisiert. Sie sind aber auch in diesem Kontext zu lesen.

Teil I bleibt allgemein, während es in **Teil II** explizit um Fragen von Verteilung (von Werten) und Reform geht und den linken Ruf nach Vaterstaat, der die Krise durch eine Umverteilung lösen soll, deutlich aus kommunistischer Perspektive kritisiert. **Teil III** und **IV** beschäftigen sich noch einmal ausführlich mit den Themen Sicherheit, Ordnung, Freiheit, Wohlstand und den Einschränkungen der Grundrechte. Es stellt sich die Frage: wie schaut ein sozialistischer Freiheitsbegriff aus? Zum Schluss behandelt **Teil V** noch einmal die Gefahr - auch international - die von einer Produktionskrise ausgeht, aber auch die Chancen für den Klassenkampf von unten.

Für die Broschüre haben wir uns noch zwei weitere Texte rausgesucht.

Zum einen das im Frühling veröffentlichte Positionspapier des bundesweiten, linksradikalen #NichtaufunseremRücken-Bündnis, dass es sich zur Aufgabe gemacht hat, linksradikale Gruppen zusammenzubringen um eine gemeinsame Stimme und Stärke zu entwickeln, die der Abwälzung der Krisenlasten auf die ArbeiterInnenklasse etwas entgegensetzen kann.

Zum Schluss folgt der Text „Die Weltkommune als revolutionärer Gesellschaftsentwurf“ des Genossen Henri, der damit im März auf unseren Aufruf antwortete, sich im Lockdown, also einer Zeit in der die Gesellschaft stillzustehen schien, der Frage zu widmen, wie eine kommunistische Gesellschaft aussehen kann.

Kritiken, Anmerkungen und Beschimpfungen aber auch Erweiterungstexte, können wie immer gerne an info@autonomie-magazin.org geschickt werden.

Euer Autonomie Magazin

Corona-Papers

Frühling 2020



I. Was nun?

Durch das derzeitige Coronavirus ist eine Situation entstanden, wie sie selbst die Älteren von uns noch nicht erlebt haben. Unter diesen Umständen voranzuplanen, ist wahnsinnig schwierig

In dieser Situation liegen immense Gefahren, aber längerfristig auch bedeutende Chancen. Wie sich die Situation entwickeln wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Sie ist deshalb schwer greifbar, weil es keine Erfahrungswerte dazu gibt. Für uns als Linke ist es deshalb notwendig, dass wir die Entwicklung genau beobachten, beständig analysieren und in kontinuierlichem Austausch untereinander bleiben. Vor allem auch die Leute, die vorher allen Organisationsansätzen gegenüber abstinent waren.

Die weitere Entwicklung wird ganz wesentlich davon abhängen,

- wie lange diese Ausnahmesituation dauert
- welche Schäden, vor allem wirtschaftlicher Art, dadurch entstehen
- wie die derzeitigen Regierungen die Krise meistern und das System sie verkraftet
- welche gesellschaftlichen Gruppen die Krise am besten für sich nutzen können sowie,
- wie der Kampf um die Abwälzung geführt wird und wie dieser entschieden wird.

Die Ausgangslage ist für alle schlecht. Niemand ist wirklich auf diese Krise vorbereitet. Leider am wenigsten die Metropolenlinke, denn eins hat die Krise schon jetzt gezeigt: Wir haben keine Organisationsform, die in einer echten Belastungsprobe ernsthaft bestehen könnte. Alle unsere Ausdrucksformen, soziale Kontakte, Treffpunkte, Kundgebungen, Demos usw., sie alle sind mit einem Schlag ausgesetzt oder zumindest stark eingeschränkt. Einfach per ausgesprochener Verordnung seitens der Re-

gierung – die Angst, sich infizieren zu können bzw. das Virus an andere zu übertragen, tut ein Übriges.

In diesem besonderen Fall (in diesem besonderen Fall!) scheinen drastische Maßnahmen tatsächlich notwendig. Keiner von uns könnte seriös sinnvolle Alternativen anbieten, angesichts eines Virus, über den wir kaum eine fundierte Einschätzung treffen können. Auch wir sind bislang auf die Meinungen der (medizinisch-wissenschaftlichen) Fachleute angewiesen. Eine wirklich eklige Situation.

Eins scheint allerdings sicher: die Lage ist ernst.

Nach allem, was wir über den Imperialismus neoliberaler Prägung wissen: Wenn in Deutschland die Produktion von VW heruntergefahren und die Bundesliga ausgesetzt wird und dadurch unabsehbare wirtschaftliche Schäden entstehen, dann ist die Lage ernst.

Die Imperialisten haben kein Problem, Tausende im Mittelmeer ersaufen zu lassen. Sie haben kein Problem, Hunderttausende in Kriegen sterben zu lassen. Und sie haben auch kein Problem, Millionen in Hunger und Unterernährung zu wissen. Aber wenn sie die Produktion drosseln und Milliardenverluste hinnehmen, dann fürchten sie wohl, dass ihnen sowohl die Produktivkräfte als auch die KonsumentInnen massenhaft erkranken oder gar wegsterben.

Und das ist wirklich eine ernste Situation, denn die ProduzentInnen, das sind wir.

Sicher ist auch: Je länger die Krise dauert, um so katastrophaler werden die Folgen. Zur Zeit lassen sich keine Aussagen über die zu erwartenden Verluste treffen (die Krise ist ja noch nicht beendet, ja noch nicht mal auf ihrem Höhepunkt), aber die Folgen werden wohl gravierend sein.

Wie jede Krise wird auch diese zu einer nochmal verstärkten Kapitalkonzentration führen, mit den entsprechenden Folgen. Viele "Kleine" werden über die Klinge springen, zahllose Selbstständige, Künstler und Gastronomen werden daran kaputtgehen. Die verordneten Notprogramme

werden wie so oft wohl hauptsächlich den “Großen”, also den Banken und Konzernen, zugutekommen (vergl. Bankenkrise). Die gefallenen Aktienkurse werden jene zum billigen Einkauf nutzen, die dann noch Geld haben. Unternehmen, die nur durch das billige Geld der Zentralbanken überhaupt existieren, werden vom Markt verschwinden, leichte Beute für Krisengewinner und Finanzkapital. Dadurch wird sich noch mehr Geld in immer weniger Händen sammeln. Wir werden Zeugen werden einer erneuten, gigantischen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Und die Macht der Wenigen wird noch größer.

Zudem ist ein brutaler Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Das macht die ArbeiterInnenklasse verstärkt erpressbar. Unsere systemtreuen Gewerkschaften haben schon jetzt vorauseilenden Gehorsam gezeigt und damit ihr Druckmittel aus der Hand gegeben. Sie werden sich schnell einspannen lassen, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen und so manche ArbeiterInnenforderung wird mit Verweis auf die Krise abgeschmettert werden.

Für die jetzt entstehenden Verluste muss, wenn – willkürlich – von einem Tag auf den anderen wieder alles laufen soll, doppelt und dreifach geackert werden. Natürlich wird die Krise wie alle anderen auch genutzt werden, um von den unteren Klassen noch mehr Einsparungen im Sozialbereich abzupressen. Das altbekannte Lied vom “Alle müssen den Gürtel enger schnallen” wir werden es erneut zu hören bekommen.

Hinten runter fallen werden auch die Geflüchteten. Griechenland ist da jetzt schon beredendes Beispiel. Jetzt “wo man selber so arm dran ist” und “jeder schauen muss wo er/sie bleibt”. Wasser auf die Mühlen der Nationalisten: Wir zuerst!

Ganz zu schweigen, von den Menschen im Trikont, die, ohne jede soziale und medizinische Grundversorgung, zu tausenden hingerafft werden.

Das Szenario ist nicht neu und man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, welche Linie das Kapital fahren wird. Ganz zu schweigen, von den Menschen im Trikont, die, ohne jede soziale und medizinische Grund-

versorgung, zu tausenden hingerafft werden.

Noch ist jedoch nicht abzusehen, wer die Krise dauerhaft für sich nutzen kann. In Zeiten der Krise scharen sich die Ängstlichen um die Starken. Als “stark” erscheinen zur Zeit jene, die am vehementesten gegen das Virus vorgehen. Und das sind vor allem die, die an der Macht sind, weil ihnen die entsprechenden Instrumentarien zu Verfügung stehen.

Das können politisch sehr unterschiedliche Spektren sein. Nur zum Beispiel: In Bayern profiliert sich derzeit der rechte Markus Söder (Christlich Soziale Union) als Krisenmanager, indem er mit rigorosen Maßnahmen vorprescht, aber auch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) kann mit ihren entschlossenen Maßnahmen bei der eigenen Bevölkerung punkten, weil sie die Autorität hat, das Virus, zumindest bisher, einigermaßen gut einzudämmen. Ob sie damit dauerhaft Erfolg haben, wird sich zeigen.

In China haben die getroffenen Maßnahmen und die konzertierte Zusammenarbeit von Regierung und Einsatzkräften als auch einer Gesellschaft, die diese Maßnahmen mitgetragen hat, erste Wirkung gezeigt. Die Kräfte, die jetzt Erfolg haben, werden gestärkt aus der Krise hervorgehen. Vor allem, wenn es rechte Kräfte sind, birgt dies eine große Gefahr, weil psychologisch durch die jeweiligen Notstandsgesetze erst mal die Tür aufgestoßen wurde zu Sondergesetzgebungen, die in der “Not” erst mal nicht mehr hinterfragt werden. Was Not ist, bestimmt dann die jeweilige herrschende Klasse. Und Gesetzgebung ist eben immer auch eine Machtfrage.

Wenn es der herrschenden Klasse jedoch nicht gelingt, die Situation unter Kontrolle zu bringen, wird es spannend. Man hat schon teilweise die Panik gemerkt, welche die Leute beim Ausbruch der Seuche ergriff (Hamsterkäufe). Was wird erst passieren, wenn die Grundversorgung stockt. In Ländern, in denen die Grundversorgung nicht mehr gewährleistet ist, können sich schnell bürgerkriegsähnliche Zustände entwickeln. In der Regel diktieren dann jene die Bedingungen, die am besten bewaffnet sind. Und das ist leider nicht gerade die Metropolenlinke.

Eher schon faschistische Gruppierungen und sogenannte Prepper, die sich schon lange auf den Tag X vorbereiten. Hoffen wir, dass ihre Wald- und Wiesen-Spiele eben nur solche bleiben. Aber nicht zuletzt der NSU, C18 oder die Attentate von Halle und Hanau, haben uns eines Besseren belehrt. Noch gefährlicher sind organisierte Rechte in Polizei, Geheimdienst, Militär und im Staatsapparat. Sie hätten tatsächlich die Chance, die Macht in Extremsituationen zu übernehmen. Faschistische Militärputsche und Staatsstrieche kennt die Geschichte genug.



Die Linke ist derzeit nicht in der Lage, die Machtfrage für sich zu entscheiden. Es ist lange her, dass die Linke in Deutschland die Option auf die Macht hatte. Tatsächlich gab es Anfang des 20. Jahrhunderts Arbeiter- und Soldatenräte, die in der Lage waren, die Machtfrage zu stellen. Tat-

sächlich konnte vor hundert Jahren durch Generalstreik und organisierte Gegenwehr ein rechter Putsch abgewehrt werden. Tatsächlich gab es eine kommunistische Partei, die sechs Millionen Wählerstimmen hinter sich wusste, die proletarische Hundertschaften organisierte und einen eigenen Presse- und einen Militärapparat unterhielt, also ein Machtfaktor war. Tatsächlich gab es einen Aufbruch von links, einschließlich bewaffneter Einheiten, in der Bundesrepublik, der eine gewisse kulturelle Hegemonie erringen konnte und weit ins Massenbewusstsein vordringen konnte. Tatsächlich gibt es das heute alles nicht.

Aber die Krise hat durchaus auch ihr Gutes. Sie zeigt, wer den Laden eigentlich rockt. Es sind die VerkäuferInnen im Supermarkt ebenso wie die Leute der Müllentsorgung, der Wasserwerke und nicht zuletzt das Personal im Sozial- und Gesundheitsbereich, ohne deren Einsatz längst Land unter wäre. Es sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, die weiter große Teile der Produktion aufrechterhalten, um die Versorgung zu gewährleisten. Ohne diese Menschen wären diese profilierungssüchtigen PolitikerInnen nichts und es ist zu hoffen, dass die ArbeiterInnenklasse mit neuem Selbstbewusstsein aus der Krise hervorgeht. Dieses zu stärken und gegen die Forderungen des Kapitals in Stellung zu bringen, wird die Aufgabe der Linken sein.

Wie in allen Krisen bildet sich neben rigoros egoistischen Exzessen auch eine starke Solidarität unter den Menschen heraus. Von persönlicher, selbstloser gegenseitiger Unterstützung bis hin zu sozialen Netzwerken, die sich schnell fast von alleine ausbilden. Der Mensch ist eben doch des Menschen Wolf: ein sozial lebendes Wesen. Und das ist unser Ansatzpunkt gegen die nun sicher ebenfalls losbrechende Hetze von Rechts, die auf verstärkte Ausgrenzung abzielen will. An diesem Punkt der Empathie, also bewusst an die positiven Aspekte anknüpfen und der Klasse ein Bewusstsein seiner solidarischen Stärke zu geben, heißt den Klassenkampf von unten stärken.

Es wird unsere Aufgabe sein, wirren Verschwörungstheorien vehement entgegenzutreten, die im Internet um sich greifen und sich mittlerweile auch auf der Straße manifestieren. Die herrschende Klasse angreifen?

Sicher, aber bitte mit den richtigen Argumenten. Ist es wirklich vorstellbar, dass sich Xi Jinping, Donald Trump, Hassan Rohani, Emmanuel Macron und Angela Merkel zusammengesetzt und beschlossen haben, die Bedrohung durch den Coronavirus aufzubauschen, um nonchalant mal eben den Notstand in ihren Ländern auszutesten – und ganz nebenbei die Weltwirtschaft an die Wand zu fahren? Eher nicht.

Auch wenn sich manche Egozentriker in dieser anthropozentrischen Welt das nicht vorstellen können: Es gibt eine menschenunabhängige Außenwelt. Naturkatastrophen, Seuchen etc. Zudem: Der Mensch ist nicht das Ende der Nahrungskette, das sind die ganz Kleinen, Unsichtbaren: Viren und Bakterien, die über die noch diskutiert wird, ob sie überhaupt Leben sind. Und der Mensch stirbt, wie die meisten anderen Tiere auch, durch "gefressen" werden. Es gibt durchaus Situationen, die nicht direkt menschengemacht sind. Weder von den verschlagenen ChinesInnen noch vom bösen Donald Trump, noch steckt hinter alledem das angebliche Weltjudentum.

Die Linke sollte sich strikt an beweisbare Tatsachen halten. Keine wilden Spekulationen anstellen, sondern streng wissenschaftlich argumentieren. Das heißt, nicht einzustimmen in den Chor jener HobbyvirologInnen und selbsternannten SpezialistInnen samt ihrer kruden Theorien, sondern kritisch analysieren und politisch agieren. Denn es ist nicht unsere Aufgabe, Maßnahmen vorzuschlagen, um das Virus abzuwehren, sondern die negativen Folgen, die unsere Klasse betreffen, zu bekämpfen.

Sicher ist: Die Coronakrise wird je nach Dauer weitreichende, oftmals existenzielle Folgen haben. Wir müssen jetzt wahnsinnig aufpassen, dass nicht die falschen Kräfte die Krise für sich nutzen. Ultrarechte Kräfte sitzen mit ihren Verschwörungstheorien schon in den Startlöchern. Natürlich werden auch die Neoliberalen die kommenden sozialen Verschlechterungen und der Staat den zunehmenden Ausbau des Repressionsapparats nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die Coronakrise zu rechtfertigen versuchen. Der sich ohnehin faschisierende Staatsapparat wird die zunehmenden exekutiven Befugnisse nicht wieder abgeben. Der Klassenkampf von oben wird ungeheuer zunehmen.

Aber die Krise zeigt auch die Grenzen unaufhörlichen Wachstums und weltweiter Globalisierung auf. Ebenso die verheerenden Auswirkungen neoliberaler Privatisierung und Einsparungsorgien im Sozial- und Gesundheitswesen. Sie zeigt die Schwächen des kapitalistischen Systems, das nur auf Kapitalverwertung und Profitmaximierung aus ist. Und sie macht deutlich, auf wen es in der Gesellschaft wirklich ankommt: die ArbeiterInnen, die täglich dafür sorgen, dass der Laden läuft.

Aus dieser Krise wird hoffentlich auch die Linke die richtigen Lehren ziehen und ihre Hausaufgaben machen. Und das heißt Organisieren. Organisieren auf allen Ebenen in tragfähigen Strukturen, die auch in Extremsituationen handlungsfähig sind und gegebenenfalls die Machtfrage stellen können. Wenn die Linke diese Aufgabe nicht erfolgreich bewältigt, sind alle Vorstellungen von "solidarischen Netzwerken", "Arbeitermacht" und "sozialer Revolution" Tagträume.

In den kommenden Debatten und Kämpfen müssen wir die Stimme der Vernunft und der Solidarität sein – gegen die rechten DemagogInnen der nationalen Alleingänge und der Ausgrenzung sowie gegen die neoliberalen Krisengewinnler und ihre dazugehörige politische Bagage. Wie in jeder Krise wird sich der Klassenkampf verstärken. Hier kraftvolle zu intervenieren, muss unsere Aufgabe sein.

II. Ihr werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.

Sobald in unserer kapitalistischen Welt eine Krise ausbricht, erschallt von Rechts bis Links der Ruf nach Millionen und Milliarden (Euro, Dollar...), um die Folgen zu bekämpfen oder zumindest abzumildern. Die einen wollen die Wirtschaft retten, die anderen die sozialen Standards gewahrt wissen. Die einen fordern mit wissenschaftlicher Kennermiene ein bedingungsloses Grundeinkommen, die anderen drohen sich das "Geld von den Bonzen zu holen". Alle diese PolitikerInnen, Gewerkschaftsbonzen, Verbandsheinis und selbsternannten Interessensvertreter gemein ist, dass sie Geld (tote Arbeit) und damit Werte verteilen, die von der ArbeiterInnenklasse erst einmal geschaffen werden mussten und die sie größtenteils nicht selbst erarbeitet haben. Dabei folgen sie grundsätzlich jener kapitalistischen Logik, die vorgibt, sich alles erkaufen, bzw. wie man sich heute ausdrückt, "holen" zu können. Wie eben: Ich hol mir ´ne Wohnung oder ein Auto. Aber auch ´n Partner, Gesundheit, Fitness und Glückseligkeit.

Von FDP bis "linksradikal" unterscheiden sich die Rezepte im Endeffekt nicht sonderlich. Alles scheint mit Geld regelbar, immer nach dem Motto: *"Arm abgerissen, was soll's? Kleb ´nen Geldschein drauf und alles wird gut."* Auch die scheinbar altruistischen Forderungen der Linken weichen jetzt in der Coronakrise von dieser Systemlogik nicht ab. Was Wunder.

"Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren."

Karl Marx /Friedrich Engels "Die deutsche Ideologie" MEW Bd. 3

"Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."

Karl Marx "Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie" MEW Bd. 13

Wir sind eben alle nur die Kinder unserer Eltern.

Das Märchen von der wundersamen Vermehrung

Leider unterschlagen all die schönen Forderungen nach höheren Löhnen und Sozialleistungen, Nulltarif für Busse und Bahnen, bedingungslosem Grundeinkommen, usw. usf., die Tatsache, dass sie laufen muss wie geschmiert, die kapitalistische Maschine, das System – das man eigentlich abschaffen will. Denn all die selbsternannten "Robin Hoods" setzen ja erst mal voraus, dass die Werte existieren, die sie da so großzügig verteilen, sprich setzen die vorangegangene Ausbeutung der anderen stillschweigend voraus. Busse & Bahnen sollen umsonst fahren und gleichzeitig die Bediensteten des öffentlichen Dienstes mehr Gehalt bekommen. So werden von diesen Leuten sämtliche ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ausgesetzt, das Perpetuum Mobile erfunden, eine Maschine vorausgesetzt, die mehr ausspuckt als man in sie reinsteckt. Chapeau!

Dieselbe Reaktion zeigt sich jetzt auch bei der Coronakrise. Von der Regierung bis zur Opposition (bis in die revolutionäre Linke hinein) werden jetzt Milliardengeschenke versprochen, gemacht und eingefordert. Gestritten wird nur darüber, wer was kriegen soll. Wie die Werte entstehen, die da so locker vom Hocker verteilt werden, spielt scheinbar für niemanden eine Rolle.

Ist vor allem auch der "Verteilungslinken" wurscht. Hat die alte Arbeiterbewegung sich sehr intensiv mit der Produktion der Waren, der Entstehung des Wertes und seiner Aneignung durch die KapitalistInnen (Moment der Ausbeutung), den Produktionsverhältnisse beschäftigt, will man bei Ersteren von der Produktion gar nicht mehr reden und "nur

noch die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt stellen". Man verteilt nicht nur die Sau, die man noch nicht gefangen hat, man verteilt sogar die Sau, die noch nicht einmal geboren wurde. Letztlich verteilen auch sie nur Werte, die von der ArbeiterInnenklasse hart erarbeitet wurden und auf die sie keinen Anspruch haben. Mit dieser Einstellung kann sie besonders bei der ArbeiterInnenschaft "punkten", denen mindestens instinktiv klar ist, wer die Zeche bezahlen wird.



Mit dem vorangegangenen ist nicht gesagt, dass die Linke keine realpolitischen Forderungen aufstellen kann. Natürlich kann auch die Verteilungsfrage thematisiert und die bestehenden Ungerechtigkeiten kritisiert werden. Zudem: Wir alle leben eben derzeit im Kapitalismus und es ist existenziell wichtig, dass unser Löhne steigen, Wohnungen bezahlbar bleiben und ein funktionierendes Gesundheitssystem besteht. All diese Rechte und Ansprüche wurden von der ArbeiterInnenklasse in harten Kämpfen erfochten und diese Kämpfe haben nach wie vor ihre Notwen-

digkeit und ihre Berechtigung, aber mindestens eine revolutionäre Linke muss über das bestehende System visionär hinausweisen. Erst wenn die ArbeiterInnenklasse die Herrschaft über die Produktionsmittel erkämpft hat, wird ernsthaft über die gerechte Verteilung der erarbeiteten Güter diskutiert werden können. Ende der Durchsage.

Wie der Wert entsteht

“Eine Ware hat Wert, weil sie Kristallisation menschlicher Arbeit ist”

Karl Marx “Lohn, Preis und Profit“

“Der Wert der Waren besagt nichts weiter, als dass die Herstellung dieser Dinge Verausgabung menschlicher Arbeitskraft gekostet hat...”

Johann Most “Kapital und Arbeit”

Leider muss an dieser Stelle mit einer linken Lebenslüge aufgeräumt werden, die mancheN bis ins Mark hinein erschüttern wird: Vor der Konsumtion kommt die Produktion. Bevor man Werte (Waren) verteilen kann, müssen sie erst einmal produziert werden. Und Alle sollten wissen, dass die einzige Quelle des Wertes menschliche Arbeit ist (“Der Wert der Ware wird durch den Arbeitsprozess geschaffen...” vergl. hierzu Karl Marx das Kapital 1. Bd. Kapitel 1-3). Es sind also die Arbeiterinnen und Arbeiter, die alle Werte erwirtschaften. Nicht der Staat, denn er ist nur eine abstrakte Konstruktion, der zwar Werte weiterverteilen kann, die er sich über Steuern oder sonstige Abgaben angeeignet hat, der aber keine Werte schaffen kann. Das tun auch nicht die KapitalistInnen, die ja nicht produktiv arbeiten und nur Werte (Kapital > Geld > tote Arbeit) ansammeln, die sie durch einen Prozess der Ausbeutung erlangt haben.

Man kann den Staat zu gerechterer Verteilung seiner Einnahmen aufordern, man kann die KapitalistInnen enteignen und das Geraubte der ArbeiterInnenklasse zurückgeben, neuer Wert wird aber dadurch nicht geschaffen. Man kann einen Supermarkt auch nur einmal plündern, wie die Berliner GenossInnen feststellen mussten, die am 1. Mai den Bolle-Markt am Kotti mitgeplündert und angezündet haben und sich am nächsten Tag wunderten, dass sie ihr Bier künftig aus 2 km Entfernung

anschleppen mussten, weil der Bolle-Markt am Kotti nie wieder aufgemacht hat.

Die Forderungen an "Vater Staat" und selbst die nach der Enteignung der KapitalistInnen setzt die Wertschaffung und weiter die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse durch die KapitalistInnen voraus.

So wie jetzt, wo manche ihr Heil in einer zunehmenden Verschuldung sehen und mit der Bazooka (Scholz) Kohle raus schießen, um die Coronakrise zu bekämpfen, wäre einer Produktionskrise schwer beizukommen. Nur durch Gelddrucken werden noch lange keine realen Werte geschaffen. Dadurch gibt es keinen Tisch und keinen Stuhl mehr auf der Welt. Die Finanzwirtschaft wird dadurch nur noch weiter von der Realwirtschaft entkoppelt. Derlei Maßnahmen sind wie Feuer mit Benzin zu bekämpfen.

Diese einfache Wahrheit, von Marx bis ins Detail im Kapital ausgeführt und in hunderten von Büchern nachzulesen, können oder wollen auch manche Leute von der hier so titulierten "Verteilungslinken" nicht verstehen.

Coronakrise

Ganz einfach: Weil sich diese Krise ganz wesentlich von den Finanzkrisen 2001 und 2008 unterscheidet. Während die Finanzkrise in erster Linie tote Arbeit (Geld) vernichtete und die meisten die Auswirkungen erst zeitverzögert und indirekt mitbekamen (Arbeitslosigkeit steigt, Hypotheken können nicht mehr bezahlt werden, Obdachlosigkeit steigt, Sozialkürzungen), kann die Coronakrise, je länger sie dauert, sich zu einer fundamentalen Produktionskrise steigern. Es werden also nicht akkumulierte Werte vernichtet (oft genug nur virtuell existierendes Geld), sondern es wird die Produktion von ganz realen Waren (und damit die Wertschöpfung an sich, sowohl Gebrauchswert als auch Tauschwert) ausgesetzt. (Das eine Finanzkrise auch Auswirkungen auf die Produktion hat und umgekehrt eine Produktionskrise Auswirkungen auf den Finanzmarkt versteht sich von selbst und wird hier nicht weitergehend

erläutert)

Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied!

Das werden über kurz oder lang alle sehr direkt zu spüren bekommen. Steigende Preise werden dabei nur das geringste Übel sein.

Die Produktion ist das Primäre. Das wussten alle wirklichen Revolutionäre, also Menschen, die tatsächlich in echten Ländern Revolution gemacht haben. Alle Revolutionäre waren bemüht, die Produktivkräfte zu entwickeln. Denn was nutzt das Versprechen auf eine ohne Unterlass scheinende Sonne, wenn der Schornstein nicht raucht? Deshalb hört sich Lenin in "Staat und Revolution" auch idealistischer an als später, als er die NÖP verkündet. Deshalb landete die chinesische Partei vom großen Sprung nach vorn über die Kulturrevolution auch bei der sozialistischen Marktwirtschaft. Aber das ist eben der Unterschied, ob man sich im Reich der Freiheit glaubt oder sich im Reich der Notwendigkeit befindet.

Wenn von uns in dieser Krise wieder nichts anderes als motzig vorgetragene Forderungen an das System kommen, werden wir uns erneut der Lächerlichkeit preisgeben.

Und nein! Es reicht nicht, dass "wir uns vielleicht so ´n "bisschen mehr Vernetzen" sollten um uns ´n bisschen mehr informell auszutauschen".

Das wird die Linke nicht in die Offensive zu bringen!

Ohne hier gleich die Apokalypse heraufzubeschwören: Je länger die weltweite Krise dauert, umso länger die Produktion von Waren und deren Transport stockt, umso mehr wird die Versorgung mit lebensnotwendigen Waren gefährdet. Mit all den sich daraus ergebenden Folgen.

Denn, noch so eine unangenehme Wahrheit: Die Tomaten im Supermarkt entstehen nicht durch Zellteilung im REWE-Gemüsefach, sie wachsen auch nicht an heimischen Bäumen, nein, sie kommen von ganz

weit her und werden von Menschen angebaut, die jetzt vielleicht zuhause sitzen müssen, schon krank oder gar tot sind. Und wenn die Bauern/Bäuerinnen jetzt nicht ihre Saat ausbringen und ihre Setzlinge in den Boden bringen, dann gibt es erst nächstes Jahr wieder frisches Gemüse zu essen. Und für alle Bio-fressenden GrünenwählerInnen: Wenn das weltweit geschieht und zudem überall die Grenzen dicht sind (was derzeit nur für den Personenverkehr gilt), dann gibt es auch keine Quinoasamen oder wie das Zeug heißt und auch keine Flugavocados mehr zu kaufen. Und all das Geld, von dem ihr euch die Rettung erhofft, das könnt ihr euch, wenn's schlecht läuft, in den Arsch stecken. Es gab Zeiten, auch in Deutschland, da sind die Leute mit dem Rad aufs Land gefahren und haben für einen goldenen Armreif gerade mal zwei Brot und ein Stückchen Wurst gekriegt. Schaut mal in ein Geschichtsbuch. Es gibt auch jetzt Gegenden, da ist das schon vor Corona so gewesen.

Und wer sich jetzt lustig macht über die vielen Freiwilligen aus der Stadt, die aufs Land fahren, um den Bauern und Bäuerinnen zu helfen, die Felder zu bestellen, weil die polnischen und rumänischen ErntehelferInnen hinter der Grenze festsitzen, schauen wir mal, ob die nicht die ersten sind, die die hohen Lebensmittelpreise monieren. Bloß nicht selbst die Hände schmutzig machen.

Aber wir wollen den Teufel nicht gleich an die Wand malen. Noch kann man keine seriösen Aussagen über die Auswirkungen der Krise machen. Vielleicht ist es den Industrieländern tatsächlich möglich mit viel, viel Geld die Folgen der Krise abzumildern. Was aber ist mit den Ländern, denen heute schon das Wasser bis zum Halse steht? Länder, die schon vor Corona mit einer Versorgungskrise zu kämpfen hatten? Länder wie Kuba, Venezuela oder Griechenland. Die vom Tourismus abhängig sind, der mit Sicherheit brutal einbrechen wird. Manch einer der Metropolenlinken wird vielleicht seinen/ihren Urlaub nicht antreten können und ein paar hundert Euro in den Sand setzen, woanders wird es ganze Volkswirtschaften in den Ruin treiben.

So wichtig wie der Klassenkampf in den Metropolen (siehe Corona I) wird die internationale Solidarität sein, um die Folgen der Krise zu be-

wältigen. Das wird umso schwieriger werden, da gerade auch die unteren Schichten in den Metropolen mit den Auswirkungen der Krise zu kämpfen haben werden. Aber auch das hat Corona gezeigt: Wir sind eine Menschheit, in einer Welt. Die Verflechtungen sind heute zu eng, als dass engstirnige Alleingänge noch sinnvoll sind. Die Katastrophe hat dies schnell deutlich werden lassen. Nix "Deutschland den Deutschen" oder "America first".

Diese Solidarität einzufordern und zu leben, ist Aufgabe der Linken und nicht einzustimmen in den Chor derer, die jetzt lauthals ihre Forderungen herausschreien, um für ihr Klientel das Maximale herauszuholen. Dazu müssen wir eigene Ansätze entwickeln und nicht den Staat anbeteln, der sowieso nur maximal als Aufstandsbekämpfungsmittel funktioniert, wenn er Kohle in die Massen pumpt.

Nur wenn wir glaubhafte Alternativen aufzeigen, systemantagonistische Lösungsansätze einbringen, könnten wir es schaffen, über kurz oder lang was zu reißen. Und das massenhaft. Und da sind wir wieder bei den Organisationsansätzen, die wie eben angeführt, auch international gedacht werden müssen. Wunschdenken? Vielleicht, aber notwendig.

III. Die Freiheit, die ich meine

Die derzeitige Coronakrise ist mit massiven Einschränkungen auf allen Ebenen verbunden. Fast das gesamte gesellschaftlichen Leben stand/steht still. Weltweit sehen sich fast alle Staaten gezwungen, drastische Maßnahmen gegen das grassierende Coronavirus zu ergreifen und so auch die persönlichen Freiheiten jedes/r Einzelnen extrem einzuschränken. Darüber hinaus wird durch Schließung der Grenzen, Einschränkung der Transportwege und Drosselung bis Stilllegung ganzer Produktionszweige auch die neoliberale, globalisierte Weltwirtschaft in einer Weise beschränkt, wie man es sich noch vor einiger Zeit kaum hätte vorstellen können. Selbst die KapitalistInnen, die ansonsten für den Profit über Leichen gehen, scheinen sich dem Diktat der medizinischen ExpertInnen zu beugen, auch wenn durch diese Maßnahmen ein wirtschaftlicher Einbruch droht, dessen Folgen derzeit nicht abzusehen sind.

Natürlich gibt es auch andere Stimmen, wie die von FDP-Hinterbänkclern, die bei Ausbruch der Krankheit die Maßnahmen der chinesischen Regierung scharf kritisierten, indem sie die bürgerlichen Freiheitsrechte und die Informationspflicht anmahnten und zudem die Gelegenheit nutzten, das "diktatorische, kommunistische Regime" zu verurteilen, nicht ohne den Hinweis, dass derlei Maßnahmen bei uns "im freien Westen" undenkbar wären. Außer eben ca. vier Wochen später.

Vorgeprescht in Sachen Freiheitsrecht ist auch die nimmermüde Nervensäge Vera Lengsfeld mit ihrer Online-Petition, die die Aufhebung der Notfallmaßnahmen fordert. Sekundiert ausgerechnet vom ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen, dem man seine Verteidigung der Freiheit als extremen Rechtsaußen ja unbedingt abnimmt.

Was Vera Lengsfeld unter Freiheit versteht, ist aus ihrer Biographie ersichtlich. Schon als DDR-Bürgerrechtlerin, als auch als Mitglied der letzten gewählten Volkskammer der DDR, spielte sie eine unsägliche Rolle.

Nach einem Intermezzo bei den Grünen landete sich letztlich bei der CDU. Freiheit statt Sozialismus halt.

Und natürlich marschiert auch eine Melange aus VerschwörungstheoretikerInnen, ImpfgegnerInnen, ReichsbürgerInnen, EsoterikerInnen und Neonazis auf, die ausgerechnet "Freiheitsrechte" und "Grundrechte" einfordern (siehe Corona II).

Ungeachtet dessen stellt die Coronakrise an uns alle die Frage, wie wir zu den Freiheitsrechten stehen, angesichts einer Situation, die in ihrer Dramatik für die meisten ohne Erfahrungswert ist. Bürgerliche Freiheiten bedeuten zur Zeit nicht zuletzt auch die Freiheit mit 220 km/h über die Autobahn zu brettern ("Freie Fahrt für freie Bürger"), die Umwelt zu verschmutzen und selbstverständlich die "Vertragsfreiheit", welche die ArbeiterInnen und die KapitalistInnen de jure als freie und gleiche Vertragspartner erscheinen lässt, de facto aber hemmungslose Ausbeutung sichert. Bürgerliche Freiheit bedeutet eben auch, seine Freiheit über die der anderen zu stellen und seinen MitbürgerInnen gegebenenfalls gehörig auf den Sack zu gehen, wie es die Welle an Denunziationen im Zuge der Pandemie wiedereinander zeigt.

Und es stellt sich zudem die Frage, inwieweit auch wir als Linke beeinflusst sind von den Vorstellungen dessen, was das Bürgertum unter Freiheit versteht, denn tatsächlich fußen unsere Vorstellungen weitgehendst in der Tradition der europäischen Aufklärung, deren Kind ein Karl Marx ebenso ist wie ein Thomas Hobbes oder ein Marquise de Sade. Letzterer legte seine Definition der persönlichen Freiheitsrechte bekanntermaßen soweit aus, dass er die der Anderen erheblich einschränkte – immer vorausgesetzt die Machtmittel zu haben, dies auch durchzusetzen zu können. De Sade endete seinerseits im Kerker, viele unserer Neoliberalen sitzen heute noch in Aufsichtsräten.

Dabei redet die Aufklärung als solche nicht der hemmungslosen Freiheit das Wort.

Für Kant beispielsweise standen der menschliche Verstand und die Frei-

heit des Willens im Zentrum seines Denkens. Kant ging es darum, ein Moralgesetz aufzustellen, das allein der menschlichen Vernunft standhält. Dazu entwickelte Kant den „kategorischen Imperativ“, dessen erste Formel bekanntermaßen lautet: „*Handele nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.*“ Schon hier wird auf den gesellschaftlichen Charakter der Freiheit hingewiesen.

Die zweite, jedoch so nicht verabschiedete Fassung der Französischen Nationalversammlung von 1793 fasst diesen Gedanken folgendermaßen zusammen:

“Die Freiheit ist die Vollmacht, die jedem Menschen alles zugesteht, was den Rechten des anderen nicht schadet; ihre Grundlagen hat sie in der Natur, ihre Richtschnur in der Gerechtigkeit, ihren Schutz im Gesetz, ihre moralische Grenze im Grundsatz: Tue keinem das an, was du nicht dir selber zugefügt haben willst.”

Sprich vereinfacht:

“Was du nicht willst was man dir tu`, das füg auch keinem andern zu.”

Diese Freiheit des Willens, die Vernunft soll eben den Zustand vorbeugen, dass “der Mensch des Menschen Wolf ist” und ein “Krieg Aller gegen Alle” (Hobbes), die bürgerlichen Neoliberalen nennen das die “freie Konkurrenz”, zur gesellschaftlichen Norm erhoben wird.

Dem bourgeoisen Freiheitsbegriff der freien Konkurrenz diametral gegenüber ist der Freiheitsbegriff des Sozialismus, der weiß, dass solange noch ein Mensch in Ketten lebt, die Freiheit aller nicht gewährleistet ist. Freiheit ist also immer auch kollektiv gedacht und nicht individuell egoistisch. Heißt, dass *“die Freiheit des Einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist.”* (Karl Marx). Das impliziert, dass die Freiheit des einen da endet, wo die des anderen anfängt.

Deshalb tun sich die so viel gescholtene chinesische Regierung (wie auch

die anderen asiatischen Regierungen allgemein) auch leichter bei der Akzeptanz der eigenen Bevölkerung zu den gegenwärtigen Maßnahmen, weil sie nicht nur eine erfolgreiche sozialistische Revolution aufweisen, sondern darüber hinaus auch auf eine Jahrtausende alte konfuzianische Tradition aufbauen kann (wobei sie letzteres sicher nicht so gerne hören möchte), die eben die Bedeutung der Harmonie der Gesamtgesellschaft in den Vordergrund stellt. Der Begriff der Freiheit wird dort komplett anders definiert als in Ländern mit europäischer Denktradition. Das ist eine feststehende Tatsache, die im eurozentristischen Denken oft vergessen wird, mag man dies nun positiv bewerten oder nicht.

Aber auch hierzulande tragen die meisten Menschen die einschränkenden Verordnungen zum allergrößten Teil mit. Ist es der deutsche Kadavergehorsam, den Manche zu wittern meinen oder die Vernunft, die angesichts der gegenwärtigen Situation keine gangbare Alternative möglich erscheinen lässt. Alle Regierungen, so unterschiedlich sie sich auch sonst gebärden, treffen in der derzeitigen Situation ähnliche Vorkehrungen. Freiheitseinschränkende Maßnahmen wie Reisebeschränkungen, Grenzsicherungen, Quarantäne und Kontaktverbote sind rund um den Globus, mit diversen Variationen, überall gleichermaßen erlassen worden.

Freiheitsliebende Menschen werden dadurch auf eine harte Probe gestellt. Scheinbar gibt es dazu keine vernünftigen Alternativen. Wie so oft regiert das “Reich der Notwendigkeit” über das “Reich der Freiheit”, “stirbt Freiheit durch Sicherheit”.

In diesem Fall – in diesem speziellen Fall (!) – scheint es tatsächlich notwendig, um der Sicherheit (Gesundheit) willen die Freiheit einzuschränken. Wer könnte jetzt eine wirkliche, verantwortungsvolle, andere Vorgehensweise vorschlagen. In diesem Fall (!) hat niemand eine andere Lösung parat als die von den wissenschaftlichen ExpertInnen vorgeschlagene. Diese sehen derzeit nicht im Ruf um irgendwelcher Ränkeschmiede willen Panik zu schüren (wobei das RKI, als Staatsinstitut mit Vorsicht zu genießen ist), sondern werden von den allermeisten gesellschaftlichen Gruppen als meinungsführend anerkannt. Von Links bis Rechts, von

ein paar VerschwörungstheoretikerInnen, und natürlich Vera Lengsfeld, abgesehen, befolgen alle, wenn auch in Einzelmaßnahmen kritisch begleitet, die von den MedizinerInnen gegebenen Ratschläge. Auch wenn immer offensichtlicher wird, dass vor allem die ArbeiterInnen und Kleingewerbetreibenden den Einschränkungen unterworfen werden, um die Kapitalverwertung großer Konzerne zu schützen.

So richtig viele der durchgeführten Maßnahmen in diesem Fall auch sein mögen, Misstrauen gegen den Staat ist notwendig. Auch wenn zum aktuellen Stand der gesundheitlichen Krise kein großer Handlungsspielraum zu bestehen scheint. (Selbst die KapitalistInnen haben die Produktion und Konsumtion so runter gefahren, dass sie praktisch fast zum Stillstand kam und das machen "die" nicht aus Jux und Tollerei.) Wir dürfen nicht einfach der Versuchung erliegen, dem Ruf nach "bürgerlichen Freiheiten" zu erliegen. Das was der bürgerliche Mainstream unter "Freiheit" versteht, kann durchaus gemeingefährliche Auswüchse annehmen, wie eingangs gezeigt wurde. Deshalb kann es im Gegenteil notwendig werden, auf die Einhaltung der Beschränkungen hinsichtlich der Produktion zu bestehen, um die Sicherheit der Gesundheit der ArbeiterInnenklasse nicht zu gefährden. Der Klassenkampf zieht sich durch alle Fragen.

Nach der medizinischen Krise jedoch wird sich zeigen, wer die Suppe ökonomisch auslöffeln muss (nicht schwer zu erraten).

Dann beginnt nämlich erst die eigentliche Krise. Nach der gesundheitlichen Krise könnte mit zunehmender Zeitdauer eine ernstzunehmende Produktionskrise entstehen, die anders als die vergangenen Finanzkrisen, die Realwirtschaft direkt mit voller Wucht treffen wird. Die Folgen einer Produktionskrise sind für die Bevölkerung in der Regel nach ziemlich kurzer Zeit direkt durch Verknappung der Waren zu spüren.

Die Auswirkungen der Produktionskrise und der nachfolgenden Finanzkrise werden uns je nachdem wie sie sich entwickeln noch die nächsten Jahre beschäftigen. Unter dem Gesichtspunkt wird weniger vom Reich der Freiheit als mehr von Reich der Notwendigkeit die Rede sein.



IV. Sicherheit und Wohlstand

Schon im Kapital „Die Freiheit, die ich meine“ wurden die höchst ambivalente Beziehung zwischen Freiheit und Sicherheit angesprochen und wie sie sich gerade im politischen Kontext völlig unterschiedlich darstellen kann. Das reziproke Verhältnis drückt sich direkt aus durch die bereits erwähnte Parole „Freiheit stirbt mit Sicherheit“. Im Alltagsverständnis steht die Linke sicherlich eher für die Werte der Freiheit, während die Rechte eher Sicherheit und Ordnung repräsentieren. Für die meisten Menschen sind beide Werte, auch wenn sie sich in manchen Situationen zu widersprechen scheinen, lebensnotwendig. Je nach den äußeren Gegebenheiten überwiegt mal das Bedürfnis nach Freiheit, mal das Bedürfnis nach Sicherheit.

Das dritte Bedürfnis in diesem Bunde ist der Wohlstand. Wohlstand – hier nicht nur monetär verstanden – ist der Zustand in Freiheit und Sicherheit zu sein, Auskommen zu haben. Dabei streben die meisten Menschen keine kolossalen Reichtümer an, sondern sind mit einem bescheidenen gesicherten Auskommen vollauf zufrieden. Dieser Wohlstand stellt sich nicht ein, wenn nicht ein Mindestmaß an Sicherheit gegeben ist, die sich in einer, wie auch immer gearteten, Gesetzlichkeit Ausdruck verleiht, die ihrerseits wieder die Freiheit einschränkt.

Die Suche nach der Balance dieser drei Faktoren beschäftigen PolitikerInnen wie PhilosophInnen gleichermaßen. Letztlich dominiert die gesellschaftliche Kraft, die diese Bedürfnisse gleichermaßen zu gewährleisten scheint. So waren es 1917 die Bolschewiki, die das despotische Regime des Zaren ablösten mit dem Versprechen den Krieg zu beenden und das Land gerecht an die Bauern und Bäuerinnen zu verteilen. Also Garant für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu sein. Sie waren auch die Macht, die im bürgerkriegsgeschüttelten Russland die entsprechende Ordnung durchsetzen konnte. Dasselbe gilt für die chinesische Kommunistische Partei, die mit diesen Verheißungen den Kampf für sich entscheiden konnte. (Ob sie ihr Versprechen adäquat einlösten, darüber

kann gestritten werden, auch wenn mancher Stammtischrevoluzzer sich schon entschieden hat und dieselben als „Verräter“ beschimpft. Leider ist festzustellen, dass diese Leute in der Regel Null und nichts auf die Reihe kriegen, geschweige den ganze Länder mit Millionen von Menschen täglich zuverlässlich mit Nahrung, Energie und dergleichen zu versorgen. Aber es geht hier nur darum eine Wirkungsweise aufzuzeigen).

Aber auch den Faschisten ist es gelungen, explizit dem Nationalsozialismus in Deutschland, damit die gesellschaftliche Hegemonie zu erlangen. Mit dem Versprechen, die Deutschen vom „Versailler Schandvertrag“ zu „befreien“ und für Sicherheit und Wohlstand in Deutschland nach verlorenem Krieg und Revolutionswirren zu sorgen, konnten sie große Teile der Bevölkerung hinter sich bringen, wenn auch unter ganz anderen Voraussetzungen.

Es gibt immer eine linke und eine rechte Lösung.

Die meisten Menschen sind einfach gestrickt und wollen ihr Leben in Sicherheit und bescheidenem Wohlstand ohne Unterdrückung verbringen. Das mag spießbürgerlich klingen und für manchen gar lächerlich sein, doch das Fehlen dieser drei Grundelemente war schon die Voraussetzung für so manche Revolution.

Nur eine Linke, der man zutraut neben ihren essentiellen politischen Inhalten auch Freiheit und Sicherheit und Wohlstand (den sicheren Schutz vor Armut und Unterdrückung) zu garantieren und auch die organisatorische Macht hat dies durchzusetzen, kann die gesellschaftliche Hegemonie erringen.

Der Sozialismus gewährleistet dies im Idealfall. Sorgen wir dafür, dass er eintritt.

V. Produktionskrise und Klassenkampf

Wie bereits erwähnt unterscheidet sich diese (Corona-) Krise fundamental von den Finanzkrisen 2001 und 2008/9. (vergl. Corona II)

Wenn bei einer Finanzkrise über Nacht mal ein paar Billionen US-Dollar Buchgeld verschwinden, lässt das vielleicht so manchen Banker schlagartig ergrauen, der größte Teil der Bevölkerung bemerkt davon aber erst mal gar nichts. Schon gar nicht die weltweit zahlenmäßig größte Gruppe der Habenichtse. Wer kein Vermögen hat, der kann logischerweise auch keins verlieren. Natürlich ist das Geld das Schmiermittel für die Wirtschaft und wenn die stockt, merkt über kurz oder lang jedeR die Folgen. Natürlich auch die unteren Klassen, auf deren Kosten sich die besitzende Klasse schadlos halten will. Aber die Folgen sind zeitverzögert und indirekter Natur.

Anders gestaltet sich eine Produktionskrise. Hier sind die Folgen viel direkter spürbar, weil direkt Waren fehlen, die nicht nur wegen ihres Tauschwertes Wert haben, sondern auch wegen ihrer Gebrauchswerte. D. h. sie sind Güter des täglichen Bedarfs und das Fehlen derselben hat direkte Auswirkungen auf Alle – vor allem auf die unteren Klassen, die von Versorgungsengpässen besonders hart getroffen werden. Eine Verknappung von Gebrauchsgütern, insbesondere Nahrungsmitteln, spüren die unteren Klassen sofort durch eine Verteuerung derselben und der damit verbundenen Verringerung ihrer Kaufkraft. Dort, wo die Kohle sowieso knapp ist, wirkt sich das direkt auf den Lebensstandard aus. In den Metropolen kann dies von ärgerlich bis sehr einschränkend sein, je nach dem wo die Betroffenen auf der sozialen Stufenleiter stehen. In der Peripherie, den ohnehin schon unterentwickelten Ländern, kann dies zum totalen Kollaps führen – zu Versorgungsknappheit, Plünderungen, Bürgerkriegen, Militärputschen bis hin zu Hunger und Tod. Hierin sind die Ursachen zu suchen, warum heute schon Millionen von Men-

schen auf der Flucht sind. Dies wird durch die Coronakrise noch massiv verstärkt werden. Können die reichen Länder vielleicht noch mit Milliardensummen in Sonderausschüttungen vom Staat bereitgestellt, den sozialen Frieden aufrecht erhalten (Kurzarbeitergeld), sind die Folgen für die Länder des Trikont wesentlich gravierender.

Derzeit sind die Folgen in ihrer Gänze noch nicht absehbar, dennoch ist festzuhalten: Mit zunehmender Dauer der Krise verschärfen sich die Auswirkungen derselben und man muss weder ÖkonomIn noch HellseherIn sein, dass es wieder vorrangig die unteren Klassen sind, welche die Folgen hart treffen werden. Und es ist weiter logisch, dass sich die Länder des Trikont schwerer tun werden damit umzugehen als die wohlhabenden Industrieländer.

Konkret heißt das in jedem Fall:

- Massiver Abschwung der Weltwirtschaft. Die sich bereits vorher abzeichnende Rezession wird sich verstärken und kann sich gegebenenfalls zu einer tiefgreifenden Depression ausweiten.
- Kapitalkonzentration. Viele kleine Unternehmen werden die Grätsche machen. Aber jede Krise hat auch ihre “Krisengewinner” – und das sind in der Regel die kapitalstarken Multis. Sie werden weil “systemrelevant” die Kohle zugeschustert bekommen und gleichzeitig von lästiger “Konkurrenz” entledigt.
- Massenarbeitslosigkeit und daraus resultierender verstärkter Druck auf die arbeitenden Klassen durch die KapitalistInnen. Soziale Unsicherheit.
- Allgemeiner Sozialabbau, “weil kein Geld da ist”. Immerhin müssen ja “systemrelevante” Konzerne gerettet werden.
- Teilweise Verfall der Rohstoffpreise wegen abgeschwächter Nachfrage (Rezession/Depression).

- Daraus folgt verschärfte Krise in rohstoffliefernden Ländern.
- Gleichzeitig Verteuerung von Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen

- Verschärfung der Flüchtlingsdramatik bei gleichzeitiger Abschottung Europas und allgemeiner Schließung der Grenzen als auch allgemeiner Begrenzung der Bewegungsfreiheit. Drohende Katastrophe in den Flüchtlingslagern, in denen die Menschen jetzt festgehalten werden.

- Fehlende Devisen durch Einbruch des Tourismus in sogenannten Urlaubsländern (durch Reisebeschränkungen). Hart treffen wird es die sowieso schon krisengeschüttelten, südeuropäische Länder wie Spanien und Griechenland, aber auch Länder wie Kuba oder Ägypten, für die Devisen aus dem Tourismus überlebenswichtig sind.

- Soziale Unruhen vor allen in den Ländern des Trikont. Werden von den Imperialisten noch geschürt (siehe die produzierten Versorgungsengpässe in Venezuela und Provozieren eines Bürgerkriegs maßgeblich durch die USA).

- Verstärkte Repression in den Metropolen. Durch die Coronakrise könnten jetzt einige Tabus fallen, was “Notstandmanagement” betrifft. Die Coronakrise kann Blaupause und Experimentierfeld für zukünftige Krisen sein.

- Aufschwung der Autoritären. In der Krise können die Autoritären, vor allem wenn sie an der Macht sind, punkten. Um der “Sicherheit willen” sind die Menschen eher bereit, freiheitseinschränkende Maßnahmen zu akzeptieren und sich Autoritäten zu unterstellen.

- Allgemein verstärkt Gefahr von Rechts. Viele rechte Gruppen werden die Gelegenheit nutzen, ihre rassistische und nationalistische Propaganda zu verstärken. Rechtsradikale Gruppen (auch in Polizei, Militär und Geheimdiensten) bereiten sich seit Jahren darauf vor, bei Schwäche des bestehenden Systems die Macht zu übernehmen. Die “bürgerliche Mitte” kann sich vor allen bei Versagen der Regierenden noch mal weiter

nach Rechts verschieben.

Und diese Liste erhebt keinen noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die mit Sicherheit eintretenden Folgen dieser weltweite Krise und die daraus resultierenden Reaktionen der herrschenden Klasse sind im Großen und Ganzen nichts Neues, auch wenn sie diesmal ebenso kalt erwischt wurden wie die Linke, die sich ihren Machenschaften entschlossen entgegenstellen muss, aber der Klassenkampf kann diesmal wirklich brutal werden.

Zusätzlich birgt gerade eine Produktionskrise Schwierigkeiten für eine linke Argumentation (nicht nur für diese), denen mit gewohnter 08/15 diesmal nicht beizukommen ist. Auf der einen Seite müssen wir darauf pochen, dass die Produktion nicht zu früh aufgenommen wird, weil damit die Sicherheit der ArbeiterInnenklasse gefährdet wird. Auf der anderen Seite werden alle Länder, vor allen die ärmeren, über kurz oder lang gezwungen sein, trotz Sicherheitsbedenken, die Produktion wieder hochzufahren, weil die Folgen der Produktionsausfälle die Folgen der Gesundheitskrise noch übersteigen könnten. Auch die unteren Klassen werden aus Angst vor steigenden Preisen “einsehen”, dass die Produktion wieder aufgenommen werden muss. Letztlich müssen alle arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Viele Haushalte sind überschuldet – müssen das Haus, das Auto abbezahlen. Prekär Beschäftigte haben in der Regel kein finanzielles Polster, von dem sie zehren können. Auch die unteren Klassen sind darauf angewiesen, dass die Produktion bald möglichst wieder aufgenommen wird. Gesundheitsbedenken hin oder her. Wer radikal anderes erzählt, könnte schnell auf verlorenem Posten kämpfen.

Auch wenn die Parole “Make the rich pay for Corona” mit Sicherheit nicht falsch ist, die Lösung ist sie aus erwähnten Gründen (siehe Corona II) auch nicht. (Natürlich sollte das im übertragenen Sinne gemeint sein, aber das muss auch transportiert werden. Parolen, die erst seitenweise erklärt werden müssen, taugen für die direkte Propaganda selten vergl. “Alles für Alle – und zwar umsonst” Zusatz darunter von unbekannt: “bis Alles alle ist”.) Geld ist bei einer Produktionskrise nicht das vorrangige

Problem und den Kühlschrank der Reichen kann auch nur einmal leer gefressen werden.

Dennoch bietet die Krise mannigfaltige Ansatzpunkte, den neoliberalen, globalisierten Kapitalismus grundsätzlich anzugreifen, denn gerade diese Krise zeigt überdeutlich, welch fundamentaler Scheißdreck dieses System ist.

Dieses immer billigere Produzieren, die Lean Produktion, das Outsourcen, die Privatisierung selbst lebensnotwendiger Infrastruktur und dergleichen hat gezeigt, dass selbst reiche Volkswirtschaften in der Krise von besorgniserregenden Mängeln bedroht sind, die "der Markt" eben nicht lösen kann. Dadurch wird anschaulich dokumentiert, wie weit sich die kapitalistische Wirtschaft, die den Profit in den Mittelpunkt stellt, vom eigentlichen Zweck der menschlichen Arbeit, der Bedürfnisbefriedigung, entfernt hat.

Die imperialistische Mentalität verhindert in einer weltweiten Krise ein solidarisches Umgehen und koordiniertes Vorgehen. Trump überbietet alle beim Preis zur Beschaffung von Beatmungsgeräten und schnappt Europa 100 000e von Atemschutzmasken vor der Nase weg (gemein!). Das demonstriert einmal mehr, wie schnell sich die Widersprüche zwischen den Imperialisten verschärfen können, zeigt aber auch, dass heutige Krisen (Klimakrise usw.) nur noch global und eben solidarisch gelöst werden können.

Aber es gibt auch durchaus positive Zeichen in dieser Krise. Selbstverständlich gibt es Ansätze internationaler Solidarität. Die Unterstützung des Menschen über die nationalen Grenzen hinweg. Die Krise zeigt auch, wie verletzlich die Weltgemeinschaft ist und nicht jede Bedrohung vor Ländergrenzen haltmacht. Das macht internationale Solidarität logisch.

Und man sieht, wer in dieser Gesellschaft die wirklich Systemrelevanten sind. Nicht Wirtschaftsbosse und Banker, sondern ausgerechnet diejenigen, welche die schlechtbezahltesten Jobs haben. Krankenhaus- und Pflegepersonal, SupermarktverkäuferInnen, Müllabfuhr und alle Ande-

ren, die den Laden am Laufen halten, obwohl sie selber grade so über die Runden kommen. Die ArbeiterInnen eben. Das Proletariat. Diese Krise zeigt überdeutlich, wer von wem abhängig ist. Vielleicht entsteht daraus ein positives Klassenbewusstsein, an das die Linke anknüpfen kann.

Klassenkampf, Klassenbewusstsein und internationale Solidarität sind genuin linke Inhalte, die es jetzt durch praktische Aktionen in die Klasse zu transportieren gilt.

Und das wird notwendig sein, denn die herrschende Klasse wird wie immer versuchen, die Folgen der Krise auf die unteren Klassen abzuwälzen. Wie bei den Finanzkrisen: "Die Gewinne bleiben privat, die Verluste werden vergesellschaftet". Darüber besteht in weiten Teilen der proletarischen Massen schon heute ein Wissen, auf das wir aufbauen können.

Aus dem Vorangegangenen ergeben sich ganz handfeste realpolitische Forderungen z. B. nach mehr gesellschaftlicher Anerkennung und Wertschätzung von ArbeiterInnenberufen, die sich auch monetär bemerkbar machen, als auch nicht-sozialistische Forderungen nach Umkehr der Privatisierung, mindestens in weiten Bereichen der öffentlichen Versorgung (d. h. Gesundheit, Wohnen, Energie, Wasser, Verkehr).

Und internationale Solidarität gegen neoliberalen Imperialismus, die sich praktisch in fairem Handel und in einer konstruktiven Flüchtlingspolitik ausdrücken kann. Alle haben jetzt eine Ahnung davon erhalten, wie sich ihr "normales Leben" ohne eigene Schuld in Scheiße verwandeln könnte.

Dabei dürfen wir nicht nur bei monetären Forderungen stehenbleiben (vergl. Corona II). Selbst die herrschende Klasse tut sich jetzt mit Geldgeschenken hervor (500 € extra für SupermarktverkäuferInnen und Pflegekräfte). Auch die (Verteilungs-)Linke, die Gewerkschaften und die Sozialverbände fordern nun unisono mehr Kohle für ihr Klientel und bleiben da immer schön in der Kapitallogik, die dem Kapital die 2% Inflation beschert, die es braucht, damit die Wirtschaft läuft wie geschmiert.

Das ist keine generelle Absage an reformistische Tagesforderungen, aber als revolutionäre Linke müssen wir darüber hinausdenken.

Natürlich brauchen auch wir unter den gesellschaftlichen Verhältnissen immer mehr Geld. Aber auch wir haben uns daran gewöhnt, viele immaterielle Werte ausschließlich monetär zu übersetzen. Alles muss sich eben bezahlt machen. Im Kapitalismus wird alles mit Geld geregelt. Kindergeld, Pflegegeld, Überstundenzuschlag. Unser Denken muss darüber hinausweisen und bewusst die Grundideen der Solidarität, des Respekts und der Wertschätzung betonen. Und die Solidarität untereinander, dass Menschen sich spontan, selbstlos um andere kümmern, ist auch durch Corona vielerorts sofort wieder zu spüren gewesen. Diese Momente der Selbstorganisation und des solidarischen Umgangs miteinander sollten wir propagieren und nicht immer nach Kohle vom Staat betteln. Das ist es eigentlich, was wir unter autonom verstehen sollten. Darüber sollten wir verstärkt nachdenken.

Das alles müssen wir jetzt unserer Klasse übersetzen und nahebringen. Und von ihr lernen. Viele ProletarierInnen sind (in der Alltagspraxis) weiter als sich manche Linke vorstellen kann. Wir brauchen deshalb kein Blatt vor den Mund zu nehmen, wie die Leisetreter empfehlen. Wir können direkt internationale Solidarität einfordern, den Klassenkampf benennen und das totalitäre, imperialistische System angreifen. Wir sollten das auch genauso benennen. Die Leute sind nicht doof. Wenn wir uns bemühen, alles klar und deutlich zu erklären und nicht in links-intellektuelles Kauderwelsch verfallen, werden die Menschen erkennen, dass unsere Positionen richtig sind, denn wir haben gute Antworten auf viele drängende Fragen. Wer seine Positionen jedoch nebulös und weichgespült vorbringt, wird keinen Blumentopf gewinnen.

Das wird natürlich kein Heimspiel. Auch die Rechten werden ihre Chance wittern und ihre eigene Erzählung haben. Und die wird sein: Nationalisierung der Industrie (schaffendes nationales Kapital, gegen raffendes ausländisches Kapital), Abschottung nach Außen gegen "krankmachenden Fremden". "Burgfrieden" in Zeiten der Krise (Volksgemeinschaft, Absage an den Klassenkampf), diverse Verschwörungstheorien, um Ver-

wirrung zu stiften, wie sich jetzt schon zeigt. usw. usf.

Remember: Es gibt immer eine linke und eine rechte Lösung. Also Achtung!

Ausschlaggebend ist letztlich die gesellschaftliche Praxis und wie konkret wir in dieser Situation intervenieren können. Deshalb müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Die Krise hat erneut überdeutlich gezeigt, was zu tun ist und woran es hapert. Wir müssen unbedingt Strukturen aufbauen, die auch in Krisenzeiten handlungsfähig sind. Wir müssen den Organisationsprozess mit allen Mitteln und auf allen Ebenen vorantreiben. Vernetzungen und Kommunikationskanäle ausbauen. Auf andere Gruppen zugehen und zusammenarbeiten. Die Linke inhaltlich weiterentwickeln und linke Inhalte in die Öffentlichkeit bringen. Der rechten Propaganda mit besseren Konzepten entgegentreten.

Dazu müssen wir auf allen Ebenen aktiv werden. Rausgehen und Aktionen machen. Im Stadtbild und darüber hinaus sichtbar werden. Menschen in ländlichen Gegenden mit einbeziehen und auf Wunsch unterstützen.

Heißt: Auf allen Ebenen Gegenmacht werden.*

Das totalitäre Imperialistische System angreifen,

die Linke in die Offensive bringen!

* Aus nachvollziehbaren Gründen muss das Papier hier allgemein bleiben. Konkretes muss woanders behandelt werden. Auch wenn hier alles so theoretisch klingt: Es gilt das Primat der Praxis

Die *Assoziation Autonomer Gruppen* findet ihr im Netz unter:
assoziation.blackblogs.org

**„WIR SITZEN
ALLE IN EINEM
BOOT
–
KAPITALISTEN,
BOSSE &
MANAGER
IN EINEM
ANDEREN.“**

**#NICHT
AUF
UNSEREM
RÜCKEN** 

**INFOS & AKTIONEN:
[NICHTAUFUNSEREMRUECKEN.NOBLOGS.ORG](https://nichtaufunseremruecken.noblogs.org)**

**Positionspapier des
bundesweiten
#NichtaufunseremRücken-
Bündnis**

Frühling 2020

Wirtschaftskrise?

#NichtaufunseremRücken

Wir befinden uns am Anfang einer Weltwirtschaftskrise, die uns ArbeiterInnen hart treffen wird – und die schon vor Corona begonnen hat. Doch wie ist sie entstanden? Was für Folgen kommen auf uns zu und wie können wir unseren Widerstand organisieren? – Ein Positionspapier zur Wirtschaftskrise vom Bündnis #NichtaufunseremRücken

Wir stehen am Beginn einer der schärfsten Wirtschaftskrisen aller Zeiten. In Deutschland ist die Zahl der KurzarbeiterInnen in wenigen Wochen auf 10 Millionen geklettert – und damit fast zehnmal so hoch wie in der Krise ab 2007. Hinzu kommen unzählige LeiharbeiterInnen, befristet Beschäftigte und MinijobberInnen, die ihre Jobs bereits verloren haben. In den USA sind im April offiziell 20,5 Millionen Arbeitsplätze weggefallen. In zahlreichen Ländern Europas sieht es nicht anders aus. Der Internationale Währungsfonds erwartet die schlimmste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression 1929, die Bank von England prophezeit für das eigene Land die schwerste Rezession seit 325 Jahren. Quer über den Globus schnüren die Regierungen Wirtschaftspakete wie sonst nur zu Kriegszeiten. Die Rechnung hierfür werden sie am Ende den ArbeiterInnen präsentieren. Es stehen Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen bevor, die wir teilweise noch gar nicht absehen können. Umso notwendiger ist es, dass wir uns jetzt auf entschiedene Gegenwehr vorbereiten!

Woher kommt die Wirtschaftskrise?

Auch wenn es auf den ersten Blick so erscheinen mag – die Ursache der Krise ist nicht die Covid-19-Pandemie! Die Pandemie verschärft vielmehr die Wirtschaftskrise, die sich bereits seit dem Winter 2018/19 entwickelt hat. Dabei handelt es sich um eine Überproduktionskrise, wie sie der Kapitalismus gesetzmäßig und regelmäßig hervorbringt. Überproduktionskrisen entstehen, weil die Unternehmen ihre Produktion immer weiter

ausdehnen, mit dem Ziel sich in der Konkurrenz durchzusetzen und ihre Profite zu steigern; während sie zugleich jedoch die Einkommen ihrer ArbeiterInnen, die einen Teil der Produktion kaufen müssen, möglichst gering halten.

Die aktuelle Überproduktionskrise ist besonders, weil sich jetzt jahrzehntelang aufgestaute Widersprüche und Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft zu entladen drohen:

Die führenden kapitalistischen Konzerne haben eine solche Größe und Macht erreicht, dass sie die Krisenfolgen der letzten Jahrzehnte auf alle anderen Teile der Gesellschaft, allen voran die ArbeiterInnen, abwälzen konnten. Stagnierende Löhne, gekürzte Sozialleistungen und steigende Steuern haben das Problem der Überproduktion weiter verschärft.

Die Konzerne und die Staaten haben die Krisen der letzten Jahrzehnte gleichzeitig mit immer mehr Krediten und Notenbankgeld behelfsmäßig abgemildert und ihre schlimmsten Auswirkungen damit hinausgezögert. Im Ergebnis ist die Verschuldung von Unternehmen, Privatpersonen und Staaten heute etwa dreimal so hoch wie die jährliche weltweite Wirtschaftsleistung. Viele Unternehmen sind bisher nur durch enorm niedrige Zinsen vor der Insolvenz bewahrt worden – sie gelten als Zombieunternehmen. In einer Studie aus dem Jahr 2017 kommt die Bank of America (BoA) zu dem Ergebnis, dass rund neun Prozent der 600 größten börsennotierten Unternehmen in Europa in diese Kategorie fallen. Dies wird nicht ewig so weitergehen können. In dieser Krise drohen daher massenweise Unternehmenspleiten. Wirtschaftsexperten sprechen schon seit Jahren von „tickenden Zeitbomben“ in den Bilanzen der Banken.

Nach einer jahrzehntelangen Phase einer zunehmenden weltweiten Verflechtung von Produktion und Handel haben Kapital und Staaten in den letzten Jahren auf teilweise Entkoppelung und wirtschaftliche Konfrontation umgestellt. Ein erbitterter Konkurrenzkampf um Wirtschaftsräume entwickelt sich – allen voran zwischen den USA und China. Eine gemeinsame Krisenbewältigungspolitik wie 2007 ist damit unwahrscheinlicher geworden, der Wirtschaftskrieg droht zum neuen Normalzustand zu werden. Dies äußert sich beispielsweise im Kampf um den

Ölpreis zwischen den OPEC-Staaten, den USA und Russland, aber auch in den in den vergangenen zehn Jahren massiv gestiegenen Zöllen.

Die Covid-19-Pandemie hat durch die weltweiten Shutdowns des öffentlichen Lebens und damit einhergehenden einbrechenden Einkommen die Überproduktionskrise massiv verschärft. Zeitweise waren die weltweiten Lieferketten der Industrie unterbrochen. Die Pandemie beschleunigt und verstärkt damit die beschriebenen Entwicklungen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass diese Krise uns einen noch viel aggressiveren Kapitalismus bescheren wird.

Folgen der Wirtschaftskrise

In der aktuellen Krise zeigt der Kapitalismus sein hässliches Gesicht besonders deutlich: Millionen ArbeiterInnen in Deutschland sind bereits jetzt von Jobverlusten und Kurzarbeit betroffen. Daneben stehen hunderttausende ArbeiterInnen, die ihre Gesundheit in der Pandemie aufs Spiel setzen müssen, um zu schlechten Löhnen und miesen Bedingungen in Krankenhäusern, Altersheimen und Supermärkten die öffentliche Versorgung am Laufen zu halten. Weitere hunderttausende ArbeiterInnen, viele davon aus Osteuropa, schufteten teils unter sklavereimäßigen Verhältnissen in Schlachthöfen, in der Landwirtschaft, in Logistikzentren oder im Transportgewerbe. Dort wird ihre Infektion mit Covid-19 von den Unternehmen und dem Staat billigend in Kauf genommen.

Die genannten ArbeiterInnen in schlecht bezahlten und unsicheren Jobs sind heute von Corona und der Krise am meisten betroffen. Doch sie werden nicht die einzigen bleiben. Die Krise wird eine Welle schwerer Angriffe auf alle Teile der ArbeiterInnen, auf Arbeitslose, Studierende, Selbstständige und RentnerInnen nach sich ziehen. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Angriffe zeitversetzt und in Schüben geschehen werden:

Die Bundesregierung hat historische 1,2 Billionen Euro für die Stabilisierung der Wirtschaft bereitgestellt. 156 Milliarden Euro Neuverschuldung sind bereits aufgenommen. Am Ende wird jemand für diese Summen zur Kasse gebeten werden – nämlich diejenigen, die durch ihre Lohnsteuern den Staatshaushalt tragen: Das sind die Arbeiterinnen

und Arbeiter. In bisherigen Krisen war dafür ein gängiges Instrument der Staaten, vor allem Massensteuern, wie die Mehrwertsteuer, zu erhöhen.

Absehbar ist auch, dass der Staat seine Ausgaben zusammenstreichen wird, und damit Kürzungen im Gesundheits- und Sozialwesen, bei der Bildung, im Öffentlichen Dienst und anderen Bereichen auf uns zukommen.

Zur Kasse gebeten werden außerdem all diejenigen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. So fordert die CDU bereits jetzt, die vereinbarte Grundrente gar nicht erst zu beschließen. Der nächste Schritt ist dann die Kürzung bestehender Leistungen.

Parallel zu den staatlichen Maßnahmen steigen auch die Notenbanken direkt in die Krisenrettung ein und kaufen Unternehmensanleihen auf. Zu erwarten ist, dass die Kosten hierfür ebenfalls an die ArbeiterInnen weiter gereicht werden, nämlich in Form der Geldentwertung (Inflation). Das bedeutet vor allem: Preissteigerungen im Alltag.

Schließlich ist das Überleben vieler Firmen nur noch eine Frage der Zeit, auch wenn der Shutdown in Deutschland auf Druck von Unternehmerkreisen wieder etwas gelockert wird. Die Auto-Zulieferindustrie etwa stand schon vor der Pandemie mit dem Rücken zur Wand. Es spricht Bände, dass die Bundesregierung jetzt die Pflicht für Firmen ausgesetzt hat, im Falle ihrer Zahlungsunfähigkeit Insolvenz anzumelden. Hierdurch können sich bankrotte Firmen mit Staatshilfen durch die Krise hangeln und die Insolvenz auf Kosten der ArbeiterInnen noch einige Monate hinausschieben. Das bedeutet, dass auch die zu erwartenden Entlassungen zeitversetzt geschehen werden. Am Ende werden auch viele ArbeiterInnen betroffen sein, die heute noch bei vollem Lohn im Homeoffice arbeiten.

Traditionell betrachten Faschisten Krisen als Gelegenheiten, die Gesellschaft noch stärker als sonst mit Rassismus und anderen reaktionären Gedanken zu vergiften. Auch in dieser Krise müssen wir damit rechnen, dass die ohnehin schon alltägliche rassistische Gewalt noch zunehmen wird.

Dies ist nur eine Auswahl naheliegender Angriffe, die uns in den nächsten Monaten und Jahren bevorstehen. Wir gehen davon aus, dass Kapital und Staaten in der Krise einen völlig neuen Standard in der Aus-

beutung von Lohnarbeit durchsetzen wollen, und dass wir deshalb mit vielen weiteren Maßnahmen rechnen müssen, die heute teilweise noch über unsere Vorstellungskraft hinaus gehen.

Was tun?

Welche Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen tatsächlich durchgezogen werden, wird vor allem davon abhängen, welchen Widerstand wir dem entgegensetzen. Hier kommt es entscheidend auf uns selbst an. Wir dürfen nicht passiv auf die nächsten Angriffe warten, sondern müssen schon jetzt beginnen, die Gegenwehr zu organisieren und sie auf die Straße und in die Betriebe zu tragen.

Aber auch hierbei dürfen wir nicht stehen bleiben, sondern müssen das kapitalistische System als Ursache dieser Krise ins Visier nehmen. Es ist die anarchische Natur des Kapitalismus, die die Krisen hervorbringt. Nur eine geplante und demokratisch geleitete Wirtschaft kann ihnen ein Ende machen. Das setzt die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel voraus. Unser Ziel muss eine Gesellschaft sein, die sich mit dem Ziel organisiert, die Bedürfnisse der Menschen bestmöglich zu befriedigen, statt größtmögliche Profite für eine kleine Minderheit zu erwirtschaften. Eine Gesellschaft, in der Solidarität die Grundlage darstellt anstatt leerer Floskeln.

Die Krise kann also viel mehr bedeuten als eine Reihe scharfer Angriffe auf unseren Lebensstandard, sie kann auch der Ausgangspunkt für eine klassenkämpferische Bewegung sein, die den bisherigen Rahmen des kapitalistischen Wahnsinns in Frage stellt.

Der Staat hat Vorkehrungen getroffen, unseren Widerstand kleinzuhalten und im Zuge des Corona-Shutdowns massive Eingriffe in unsere Freiheitsrechte vorgenommen. Es kommt jetzt darauf an, dass wir uns nicht weiter in die Enge treiben lassen, dass wir uns unsere Rechte nicht nehmen lassen und uns den Raum für Widerstand zurückholen. Die Demonstrationen am 1. Mai waren ein sehr wichtiger Schritt in diese Richtung, und wir müssen entschlossen und ohne Zögern auf diesem Weg weitergehen. Verschiedene Aktionen haben bereits gezeigt, dass es kein

Gegensatz ist, das Virus und den Infektionsschutz ernst zu nehmen und Widerstand auf die Straße zu tragen.

Wir erwarten, dass die Angriffe in dieser historischen Krise von Versuchen begleitet sein werden, die betroffenen ArbeiterInnen zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen – etwa in Junge gegen Alte, LeiharbeiterInnen gegen Festangestellte, Deutsche gegen MigrantInnen u.v.m. Diesen Spaltungsversuchen müssen wir entschieden entgegentreten und eine solidarische Bewegung von ArbeiterInnen aus allen Berufen, Schichten und Herkunftsländern – ob jung oder alt – aufbauen. Da alle bedeutenden Konzerne nicht nur in einem Land agieren, gilt es den Widerstand auch auf internationaler Ebene aufzubauen.

Wenn wir nicht wollen, dass diese Krise auf unserem Rücken ausgetragen wird, müssen wir uns organisieren und wehren. Es ist an der Zeit, Kontakt zu den eigenen KollegInnen und NachbarInnen aufzunehmen, um festzustellen, dass wir alle unter dieser Krise zu leiden haben. Es ist auch an der Zeit, Angriffe, die auf Betriebsebene oft schon jetzt beginnen (wie höhere Arbeitsintensität, ausgesetzte Lohnerhöhungen oder Entlassungen) und von der Bundesregierung gerade vorbereitet werden, nicht einfach hinzunehmen.

Wie sehr diese Krise auf unserem Rücken ausgetragen wird, liegt an uns!



#NichtaufunseremRücken ist ein bundesweites Bündnis aus linksradikalen Gruppen, das sich vorgenommen hat eine gemeinsame linke Antwort auf die Krise zu finden.

nichtaufunseremruecken.noblogs.org



Die Weltkommune als revolutionärer Gesellschaftsentwurf

Von: Henri
März 2020

„Das Coronavirus gibt uns die perfekte Gelegenheit, darüber zu diskutieren, was und wie produziert werden soll, was relevant ist, wie wir unsere Städte und unser soziales Zusammenleben gestalten und wie wir unsere Wissenschaftlichkeit weiterentwickeln wollen.“

– Autonomie Magazin

Zunächst steht jede „Utopie“, jeder Entwurf einer freien und sozialen Gesellschaft vor der Schwierigkeit, die Krisen der Gegenwart nicht auszublenken, sondern sich geradezu an diesen zu messen. Die Aufgabe besteht gerade nicht im Ausmalen des Bildes einer idealen Gesellschaft, sondern darin, das real existierende Leid zu mindern und die scheinbar natürlichen gesellschaftlichen Widersprüche aufzuheben. Die Frage in welcher Gesellschaft wir leben wollen, beginnt mit der Analyse der Krise und dem Verständnis ihrer Formen und Dynamiken. Denn als Abwehr der Katastrophe muss der Aufbau einer neuen, freien und sozialen Gesellschaft an den objektiven Widersprüchen der katastrophischen Gesellschaft ansetzen. Das Leid der Überschussbevölkerung und aller anderen proletarischen Klassen muss in einen offenen Konflikt mit der Form des Zugriffs auf und insbesondere der Produktion der ungeheuren und im Übermaß vorhandenen Reichtümer geraten. Die Armut, in einer Welt in der längst niemand mehr arm sein müsste. Die Verschmutzung und Zerstörung, in einer Welt, in der längst nichts mehr verschmutzt und zerstört werden müsste. All der reale Wahnsinn der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft bietet dem Keim des Neuen den Boden. In den Widersprüchen selbst liegt das Potential ihrer Aufhebung.

Im Zentrum jedes emanzipatorischen Gesellschaftsentwurfs steht das verarmte und proletarisierte Individuum und seine je eigenen Leiden, Ängste, Bedürfnisse und Begierden. Entgegen der kapitalistischen Realität, die uns lehrt, dass jeder selbst nur so viel zählt, wie er bezahlen kann, gilt es, eine Gesellschaft aufzubauen, in der das individuelle Bedürfnis nicht von Geldvermögen und Geldeinkommen abhängt. Was soll aber dann die Grundlage der Re/Produktion sein?

Zunächst stellt sich die Frage, was die Bedürfnisse der Gesellschaft, folglich ihrer Individuen sind. Einiges lässt sich dabei recht abstrakt formulieren, wie Mobilität, Wohnraum, Heizung, Nahrungsmittel, Pflege, usw. Anderes wiederum ist ganz individuell und kann nicht abstrahiert werden, wie Geschmack, Vorlieben, usw. Da jedoch nicht weiter das individuelle Vermögen oder Einkommen darüber entscheiden soll und kann, wer welche Bedürfnisse wie befriedigt, müssen soziale Formen entwickelt werden, welche die Bedürfnisse sammeln, in Befriedigungskonzepten

te transformieren und im Notfall priorisieren. Doch der Reihe nach.

Kapitalistische Privatwirtschaft

Die Corona-Krise zeigt einleuchtend den funktionalen Aufbau der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Produktion ist auf jene Güter beschränkt, welche dem Kapital ermöglichen, profitabel zu sein. Medizinische Güter werden nicht deshalb hergestellt, damit sie in einem Gesundheitssystem dem Schutz der Bevölkerung dienen können, sondern um profitabel an die Nachfrage verkauft zu werden. Nun zeigt sich im akuten Fall einer globalen Pandemie, zu was diese kapitalistische Gesundheitsindustrie taugt: Zu relativ wenig. Weder existieren genügend Medikamente und Geräte, noch stehen diese je nach Bedarf und Belastung den Bedürftigen zur Verfügung.

Dieses Grunddilemma gilt es an erster Stelle zu beheben. Die kapitalistische Profitabilität als höchste Planungsvariable für gesellschaftliche Unternehmungen gilt es in allen Branchen und Sektoren der Wirtschaft zu ersetzen. Durch jeweils spezifisch auf die Umstände angepasste Planungsmechanismen und -organisationen. Die unternehmerische Entscheidung, die Zielsetzung und Planung innerhalb jedes sozial relevanten Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiches muss einer demokratischen Instanz unterstellt werden. Dabei gilt es, den wirtschaftlichen Betrieb als rein materielle Angelegenheit zu verstehen. Die Tätigkeit der Pflege kranker Menschen oder die Herstellung von Beatmungsgeräten, die dafür nötige Arbeits- und Ausbildungszeit, sowie die dafür benötigten Ressourcen sind die zu verhandelnden Gegenstände, nicht deren finanzielle Größen. Die gesamte Sphäre des Geldes spielt keine Rolle in unseren Betrachtungen.

Dezentrale Vergesellschaftung der Re/Produktionsplanung

Nun steht dem Ziel der planmäßigen Versorgung der gesamten Bevölkerung mit notwendigen Gütern und Leistungen das Interesse des Kapitals gegenüber, welches den Anspruch hat, die gesamte Gesellschaft nach seiner Profitabilität zu organisieren, zu formen und zu gestalten. Die

wirtschaftliche Frage, was mit welchen Mitteln wie gemacht wird, wandelt sich so zur Frage, wer nach welchen Kriterien bestimmt. Die häufig als apolitisch dargestellte Wirtschaft ist so gesehen ein durch und durch politisches Feld, das Feld der Klassenkämpfe. Die Frage ‚Wer bestimmt und nach welchen Kriterien?‘ soll hier zunächst auf einfache Weise beantwortet werden: Die Arbeiter*innen, ihre Räte und Basisorganisationen üben die dezentrale Kontrolle und Entscheidung über alle betrieblichen Fragen aus.

Doch ist damit weder die Trennung der gesellschaftlichen Produktion in Einzelbetriebe noch die Vermittlung der Güter und Leistungen über den Markt behoben. Hierzu muss die dezentrale Arbeiter*innen-Selbstverwaltung durch eine umfassende soziale Commune ergänzt werden, welche die gesellschaftliche Form der Arbeiter*innen-Demokratie darstellt.

Die Commune als soziale Gesellschaftsform

Die Commune ist eine Vereinigung freier Individuen und ihrer Vereinigungen, welche sich zum Zweck der Selbstorganisation, der Basisdemokratie und der wirtschaftlichen Kooperation freiwillig zusammenschließt. Die Commune ist das wirtschaftliche und politische Zentrum der freien und sozialen Gesellschaft. Die Arbeiter*innenschaft/ Bevölkerung einer Nachbarschaft, eines Dorfes, einer Stadt oder einer Region schließen sich in der Commune zusammen, um ihre demokratische Selbstverwaltung durchzusetzen und die gesellschaftliche Produktion kooperativ zu planen und zu organisieren.

Während das kapitalistische Privateigentum seinen Eigentümern das Recht gibt, über gesellschaftliche Belange privat zu entscheiden, kennt die communistische Re/Produktion keine Eigenwilligkeit und keine Konkurrenz. Die Arbeiter*innen untereinander kooperieren schon jetzt, unter dem Kommando des Kapitals und so wird ihnen auch das Bewusstsein für die Gesellschaftlichkeit ihrer Tätigkeit nicht mangeln, wenn ihnen endlich ihre eigene Arbeit selbst unterliegt. Mit dem fremden und eigenwilligen Kommando des Kapitals schwindet auch der bürokratische Apparat der rechtlichen und finanziellen Verwaltung, wie auch ein von

den Werktätigen getrenntes, eigenständiges Management. Die kapitalistischen Fesseln abzulegen, wird den Umbau der Nachfrageproduktion zu einer Bedürfnisproduktion erst anstoßen und damit auch die Arbeiter*innenschaft aus dem Joch der Lohnarbeit befreien.

Auch die Priorisierung von gesellschaftlichen Projekten sollte unter sozial gerechten Bedingungen ein Leichtes sein. Dort wo der größte Mangel herrscht, wird sich selbstverständlich am einfachsten ein Konsens finden. Wenn niemand mehr auf seine ökonomischen Privilegien hoffen kann, ist bspw. eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Teile der Bevölkerung selbstverständlich. Auch sollte die Unterbringung von Menschen in privatem Wohnraum eine Selbstverständlichkeit sein, die sich jedoch erst dann einstellen kann, wenn keine rechtlichen und finanziellen Klassengrenzen mehr existieren. Ebenso wird niemand mehr an Tätigkeiten festhalten, deren Produkte nicht weiter erwünscht sind, nur um die eigene finanzielle Re/Produktion zu gewährleisten. Die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich ohne Regierung eigenständig zu verwalten, liegt darin begründet, dass den Menschen die Herrschaft über sich selbst praktisch möglich wird. Allgegenwärtige Überwachung, Kontrolle und Disziplinierung sind symptomatisch für eine Klassengesellschaft, in der Teile der Bevölkerung sich auf Kosten anderer bereichern und verlieren ihren Nutzen mit dem Ende der Klassen.

Planvolle Verteilung der Güter und Ressourcen

Der Erfolg eines communistischen Zusammenschlusses liegt in der solidarischen Planung und Verteilung von Aufgaben, Ressourcen, Gütern und Leistungen. Doch wenn keine kapitalistischen Profit- und Einflussinteressen mehr von Bedeutung sind und die Selbstverwaltung der Gesellschaft diesen Namen wirklich verdient, sollte dem nichts im Wege stehen. Die Reduktion der Tätigkeiten auf das Notwendige, sowie die Abschaffung der Warenform des gesellschaftlichen Reichtums werden Freiheiten in solch unvorstellbarem Ausmaß ermöglichen, dass heute noch kaum begriffen werden kann, auf welcher Grundlage sich eine halbwegs stabilisierte communistische Re/Produktion bewegen wird.

Um nur ganz allgemein ein paar richtungsweisende Maßnahmen vorzuschlagen:

- Aufbau öffentlichen Reichtums (Wohnraum, Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, Mobilität, Gesundheit, Pflege und Betreuung, Bildung, Kunst und Kultur, Lebensmittel)
- Ökologischer Weltraumplan zur Einhaltung der Verbrauchs- wie Emissionsgrenzen
- Geschlossene Kreislaufwirtschaft
- Ausgleich der weltweiten Versorgungsniveaus (Ernährung, Gesundheit, Bildung, Mobilität, Infrastruktur)
- Dezentralisierung der Güterproduktion wo diese aus reinen Profitabilitätsgründen zentralisiert wurde
- Vollzug der teilweisen (wo notwendig) Deindustrialisierung der Agrarproduktion
- Vollständige Open-Source-Produktion und Forschung
- Optimierung der Produkte auf Haltbarkeit, Wartbarkeit und Wiederverwertbarkeit
- Umwandlung der Lohnarbeit in travail-attractif (Arbeit, die gerne gemacht wird)
- Automatisierung oder Ersetzung unbeliebter Tätigkeiten
- Planmäßige Reduktion der notwendigen gesellschaftlichen Arbeit auf ein Minimum
- Aufbau einer wissenschaftlichen Theorie der communistischen Planung, Produktion und Verteilung
- Ausbildung aller Arbeiter*innen zu autonomen Communard*innen

Alle Kapazitäten, die darüber hinaus nicht für die notwendigen Güter und Leistungen benötigt werden, könnten mittels vielfältigen und wandelbaren Verteilungsmechanismen bereitgestellt werden. Auch das Maß der Erweiterung oder Verringerung der Produktion muss zur Debatte gestellt werden.

Weltkommune

Nicht überall werden gleichzeitig und im selben Umfang Befreiungs-

versuche getätigt werden. Der Aufbau einer globalen Vereinigung aller freien Menschen ist somit schon aus Gründen des Befreiungskampfes unumgänglich. Nur dort, wo sich unmittelbar eine weltweite Kooperation und Solidarität einstellt, kann es gelingen, der ungeheuren Kraft und Gewalt des Staates und der Märkte zu trotzen.

Doch auch perspektivisch steht jede Stadt- oder Landcommune in einem globalen Zusammenhang von Energie-, Stoff-, Güter- und Ressourcenströmen, sowie den sich frei bewegenden Individuen und Gruppen. Die Weltcommune bildet so den abschließenden Zusammenhang der freien Kooperation und Solidarität der Menschen der Erde. Welche Institutionen, Versammlungen und Kongresse sich dabei herausbilden werden, kann heute schwerlich beantwortet werden. Klar sollte jedoch sein, dass sowohl das Prinzip der Basis- und Arbeiter*innenmacht, als auch der globalen Solidarität verwirklicht werden müsste um den Ziele der Commune gerecht zu werden.

Die Köpfe und Hände der Menschen gewinnen

Die befreite Gesellschaft ist jederzeit möglich. Alle Bedingungen zu ihrer Erfüllung sind gegeben, was fehlt, ist eine gesellschaftliche Praxis, die sie erfüllt, wie soziale Beziehungen, die ihr entsprechen. Der kapitalistische Alltag bindet die Aufmerksamkeit, Kräfte, Begierden und Bedürfnisse der Menschen und lässt kaum Raum für andere gesellschaftliche Beziehungen und Organisationen. Der Aufbau der Commune kann demnach nur dann gelingen, wenn die Menschen in ihrem Alltag abgeholt werden, sich Wege und Ziele auf tun, die die Menschen freiwillig in den freien Zusammenhang eintreten lässt.

Die Angst vor gesellschaftlichem, also nicht weiter privatem Eigentum ist nach Jahrzehnten antikommunistischer Ideologie noch immer groß. Selbst die kleine Frau und der kleine Mann, die Arbeitslosen und Werktätigen haben häufig die Meinung, dass Privateigentum für alle Wohlstand bringt. Hier müssten die Aufbaugruppen der Commune klar kommunizieren, welche Güter wie und warum vergesellschaftet werden sollen. Die Arbeiter*innenkontrolle und der Aufbau der Commune bieten hier

eine Perspektive, die unmittelbar jenen Menschen zugutekommt, welche an den entsprechenden Positionen im Kampf um die politische Ökonomie entscheidend sind.

Darüber hinaus wird der Erfolg auch davon abhängen, in welchem Ausmaß die Abschaffung von Mieten, Versicherungen, Löhnen, Preisen, usw. vorangebracht werden kann und sich so jene Freiräume bilden, in welchen die freiwilligen Beziehungen der Commune eingegangen werden können. Dabei steht weniger ein territorialer Freiraum im Fokus, sondern mehr das Befreien von mehr und mehr Gesellschaftsbereichen.

Vorerst wird es jedoch entscheidend sein, dass der antiautoritäre und communistische Teil der Linken die nötige Organisationen innerhalb der Arbeiter*innenschaft anstößt und aufbaut, die sozial und ökologisch engagierte Linke auf den Weg der solidarischen und kooperativen Selbstorganisation bringt und darüber hinaus in sämtlichen Teilen der Gesellschaft die Kritik von Kapital und Staat, sowie sämtlicher Ideologie von Geschlecht, Volk und Nation verbreitet. Unter dem Eindruck der Krise muss die Erzählung einer möglichen anderen Gesellschaft mit aller Kraft vorangebracht werden und die Fähigkeit zu autonomen und kritischen Denken in allen Bereichen gestärkt werden. Insbesondere in Deutschland steht einer breiten selbstorganisierten Basisbewegung der autoritäre Geist und Charakter entgegen. Diesen womöglich aufzubrechen und wo nötig zu bekämpfen ist unumgänglicher Teil der Stärkung jeder emanzipatorischen Bewegung.



Mehr Texte zum Thema Weltcommune und Communismus findet ihr auf: autonomieundplan.home.blog

Die Debatte zur Gestaltung einer zukünftigen Gesellschaft haben die *Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft* in der Zeitschrift *Kosmoprolet*, mit ihrem Text „Umriss der Weltcommune“ angefangen. Zu finden ist dieser und viele weitere Beiträge auf:

kosmoprolet.org

